



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 1/2005

**abgeschlossen am
28. Januar 2005**

| | <u>Seite</u> |
|--|--------------|
| 1. Senat bestätigt Außenministerin Condoleezza Rice | 1 |
| 2. Bilanz der 2. Sitzungsperiode des 108. Congress: Konkurrenz und Polarisierung | 3 |
| 3. Ausblick auf die 1. Sitzungsperiode des 109. Congress: Profilierung und Abgrenzung | 6 |
| 4. CBO legt neue Defizitprognosen für das Haushaltsjahr 2005 vor | 9 |
| 5. Demokratin gewinnt Gouverneurswahl im Staat Washington | 9 |

1/2005

0. Der 109. Congress hat seine Arbeit am 4. Januar 2005 aufgenommen. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

| | Republikaner | Demokraten | Unabhängige |
|----------------------------|--------------|------------|-------------|
| <i>Repräsentantenhaus*</i> | 232 | 201 | 1 |
| <i>Senat</i> | 55 | 44 | 1 |

*Der für die Demokraten am 2. November 2004 (wieder) gewählte Robert T. Matsui (California) ist am 1. Januar 2005 verstorben.

1. Senat bestätigt Außenministerin Condoleezza Rice

Der Senat hat am 26. Januar 2005 die Nominierung von Condoleezza Rice zur neuen Außenministerin der USA mit 85:13 Stimmen bestätigt. Gegen die Bestätigung der engen politischen Vertrauten Präsident Bushs und bisherigen Nationalen Sicherheitsberaterin stimmten neben dem Unabhängigen James M. Jeffords (Vermont) 12 der insgesamt 44 Mitglieder der demokratischen Senatsfraktion, nämlich

- Daniel K. Akaka (Hawaii), Barbara Boxer (California), Evan Bayh (Indiana), Robert C. Byrd (West-Virginia), Mark Dayton (Minnesota), Richard J. Durbin (Illinois), Edward M. Kennedy (Massachusetts), John F. Kerry (Massachusetts), Carl M. Levin (Michigan), Tom Harkin (Iowa), Frank Lautenberg (New Jersey) und Jack Reed (Rhode Island).

Zuvor war die Abstimmung über die Bestätigung von Rice durch den Senat von den Demokraten demonstrativ um eine Woche verzögert worden. Schließlich sollten die Mitglieder des Senats, so Senator Byrd (D-W.Va.), einer der schärfsten Kritiker der Bush-Administration, „die Möglichkeit haben“, die Aussagen von Rice genau zu prüfen und über ihre Stimmen nachzudenken, bevor sie diese abgeben.“

Die Republikanerin, die erste Afroamerikanerin an der Spitze des Außenministeriums, war zuvor vom Senate Foreign Relations Committee nach zweitägigen intensiven Anhörungen am 19. Januar 2005 mit 16:2 Stimmen bestätigt worden.

Die Demokraten hatten die *Hearings* vor dem Ausschuss dazu benutzt, um eine hitzige Debatte über die Außen- und Sicherheitspolitik Präsident Bushs und insbesondere seine Irakpolitik zu führen. Rice warfen sie vor, eine der „Hauptarchitektinnen“ der verfehlten Politik der Administration gewesen zu sein.

Der Demokrat Mark Dayton (D-Minn.) ging noch einen Schritt weiter und warf der Administration vor, „den Congress, unsere Ausschüsse und das amerikanische Volk belogen zu haben.“ Ein solches Vorgehen könne nur gestoppt werden, so der Senator,

wenn der Beförderung jener Personen Einhalt geboten werde, die daran beteiligt waren, den Congress zu täuschen „und bedauerlicherweise schließt dies Dr. Rice ein.“

Gemeint sind die für den Irakkrieg von der Bush-Administration genannten Gründe wie die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak und die behauptete Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Kaida, die sich allesamt als haltlos erwiesen haben (vgl. CR 6/2004, S. 1; CR 7-8/2004, S. 2). Gemeint ist aber auch die anhaltende politische und militärische Instabilität im Irak 21 Monate nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen.

Condoleezza Rice hatte in den Anhörungen vor dem Auswärtigen Senatsausschuss die außenpolitische Agenda George W. Bushs während seiner ersten vier Amtsjahre verteidigt und unterstrichen, dass sich die USA in einem „long-term struggle against an ideology of tyranny and terror“ befänden.

Dabei verwies sie ähnlich wie Präsident Bush in seiner Rede zur (zweiten) Amtseinführung am 20. Januar auf die Förderung der Demokratie als große Aufgabe US-amerikanischer Außenpolitik. Rice bezeichnete in diesem Zusammenhang die Beseitigung von „Außenposten der Tyrannei“ in Kuba, Myanmar (vormals Birma) und Nordkorea sowie im Iran, in Weißrussland und in Zimbabwe als zentrale Aufgabe der Weltpolitik der USA.

Der missionarische Realismus der Bush-Administration erhält damit eine neue Akzentuierung. An die Stelle einer „Achse des Bösen“, so wie sie Bush in seiner Rede an die Nation im Jahr 2001 zur Grundlage seiner Außen- und Sicherheitspolitik erklärt hatte, tritt nun eine „Achse der Tyrannei“, die sich vom Iran bis Weißrussland spannt.

Dabei ist besonders der Iran im Januar 2005 in das Zentrum der Diskussion gerückt, nachdem der angesehene US-Journalist Seymour Hersh in der Zeitschrift *The New Yorker* von einer drohenden militärischen Operation gegen den Iran berichtet hatte. Zusätzlich genährt wurden die Einschätzungen Hershs durch ein Fernsehinterview Vizepräsident Cheneys am 20. Januar 2005, der vom Iran als einem „trouble spot“ für die US-amerikanische Politik „right on the top of the list“ sprach und auf ein „fairly robust new nuclear program“ des Iran verwies.

Derartige Aussagen haben in der Öffentlichkeit die Vermutung aufkommen lassen, dass die Bush-Administration Militärschläge gegen den Iran plant, die bereits Mitte des Jahres 2005 erfolgen könnten. Damit würde die Bush-Administration ihre aggressive Präemptionspolitik fortführen, wie sie sie in der *National Security Strategy* (NSS) 2002 offiziell niedergelegt und in das Zentrum der US-Außenpolitik gerückt hat.

Die Folgen für die transatlantischen Beziehungen wären gewaltig, hatte die aggressive Weltordnungspolitik der Bush-Administration nach dem 11. September bereits zu großer Irritation und Ablehnung in Deutschland, Frankreich und Spanien geführt hat.

2. Bilanz der 2. Sitzungsperiode des 108. Congress: Konkurrenz und Polarisierung

Die 2. Sitzungsperiode des 108. Congress stand ganz im Zeichen der Novemberwahlen 2004 (vgl. CR 11-12/2004, S. 4ff.) und war durch ein hohes Maß an parteipolitischer Konkurrenz und Bereitschaft zur programmatischen Polarisierung gekennzeichnet. Das unterstreichen die statistischen Untersuchungen des *Congressional Quarterly*.

Im Repräsentantenhaus stimmten die Republikaner in 88 Prozent der erfassten Abstimmungen in der zweiten Sitzungsperiode des 108. Congress 2004 mit der Mehrheit ihrer Partei gegen die Mehrheit der Demokraten. Bei den Demokraten wiederum lag der sogenannte *average party unity score* im Repräsentantenhaus bei 86 Prozent.

Im Senat war die Polarisierung zwischen den Parteien ebenfalls sehr ausgeprägt. Hier stimmten die Republikaner in 90 Prozent der Abstimmungen mit der Mehrheit ihrer Partei gegen eine Mehrheit der Demokraten. Umgekehrt votierten die Demokraten im Senat in 83 Prozent aller Abstimmungen entlang der Fraktionsposition gegen eine Mehrheit der Republikaner.

Damit hat sich ein seit den 1990er Jahren zu beobachtender Trend der Ideologisierung der parteipolitischen Lager in beiden Kammern des Congress fortgesetzt.

Diese Entwicklung kann mit der veränderten Zusammensetzung der Fraktionen in Verbindung gebracht werden, wo die gemäßigten Flügel sowohl bei den Republikanern als auch bei den Demokraten an Bedeutung verloren haben.

Präsident George W. Bush konnte sich in seinem vierten Amtsjahr 2004 unter den Bedingungen eines *unified government* (mit Mehrheiten in beiden Kammern des Congress) in insgesamt 72,6 Prozent jener Abstimmungen gegenüber dem Congress durchsetzen, zu denen er eine Position bezogen hatte. Zum Vergleich: Bushs Amtsvorgänger Clinton konnte sich in seinem vierten Amtsjahr 1996 in 55,1 Prozent seiner Vorlagen gegenüber dem Congress durchsetzen. Bei Bush Senior lag dieser statistische Wert 1992 bei 43 Prozent, bei Reagan 1984 bei 65,8 Prozent.

Bushs statistisch vergleichsweise hohe Durchsetzungsrate war vor allem auf seinen Erfolg in wirtschaftspolitischen Vorlagen (82 Prozent; 2003: 94 Prozent) zurückzuführen, während er sich in der Innenpolitik mit 58 Prozent (gegenüber 82 Prozent 2003) und in der Außen- und Sicherheitspolitik mit 60 Prozent (gegenüber 72 Prozent) weniger erfolgreich gegenüber dem Congress durchsetzen konnte.

In der Außen- und Sicherheitspolitik griffen die Demokraten den Präsidenten, unterstützt durch die Arbeit und Ergebnisse der überparteilichen *National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States* (vgl. CR 7-8/2004, S. 1-4; CR 6/2004, S. 1; CR 4/2004, S. 3), in der Terrorismusbekämpfung scharf an.

Die so genannte „9-11 Commission“, die ihre Arbeit gegen den erklärten Widerstand Präsident Bushs aufgenommen hatte, war zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Verbindung zwischen Al Kaida und Saddam Hussein, die von der Administration als Kriegsgrund gegen den Irak herangezogen wurde, nicht belegt werden konnte.

Außerdem empfahl die Kommission eine Reorganisation und Straffung des Nachrichtendienstwesens in den USA, um die festgestellten „operational failures“ in der Terrorismusabwehr vor dem 11. September 2001 in Zukunft verhindern zu können. Trotz der anfänglichen Zurückhaltung der Administration und der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses einigten sich beide parteipolitischen Lager im Congress auf eine zügige Entscheidungsfindung, die innerhalb von zwei Monaten in eine Gesetzesvorlage mündete (vgl. CR 10/2004, S. 2). Allerdings konnte der Widerstand der republikanischen Fraktionsführung im Repräsentantenhaus gegen ein umfassendes Reformgesetz nur um den Preis eines verwässernden Kompromisses überwunden werden (vgl. CR 11-12/2004, S. 1).

Einen Schatten auf die Irak-Politik der Bush-Administration (vgl. CR 4/2004, S. 1) warf auch der Folterskandal im Militärgefängnis von Abu Ghraib (vgl. CR 5/2004, S. 1), der insbesondere im Repräsentantenhaus zu einer scharfen Polarisierung zwischen den Parteien führte.

Allerdings hielt die negative Einschätzung der Irakpolitik der Administration durch die US-amerikanische Öffentlichkeit (vgl. CR 5/2004, S. 8) beide Parteien nicht davon ab, der Administration zusätzliche Mittel in Höhe von 25 Mrd. USD für den Militäreinsatz im Irak zu bewilligen. Zu groß erschien offensichtlich auch den oppositionellen Demokraten die Gefahr als unpatriotisch zu gelten, auch wenn klar war, dass die neuerliche Mittelbewilligung bei weitem nicht ausreichen würde, um den Militäreinsatz über das Wahljahr 2004 hinaus zu finanzieren (vgl. CR 6/2004, S. 2).

In diesem Zusammenhang gab es im Wahljahr 2004 nur wenig parteipolitische Auseinandersetzung um die Höhe der Rüstungsausgaben (vgl. CR 7-8/2004, S. 4). Zu groß schien offensichtlich vor allem den Demokraten die Gefahr, als „soft on defense“ zu erscheinen.

Dagegen griffen die Demokraten die Budgetpolitik des Präsidenten und hier vor allem das wachsende Haushaltsdefizit, das 2004 die Rekordmarke von 412 Mrd. USD erreichte, scharf an (vgl. CR 4/2004, S. 1). Während die Republikaner versuchten das Thema klein zu reden, wurden die Demokraten nicht müde, die Republikaner und ihren Präsidenten für eine galoppierende Defizitentwicklung verantwortlich zu machen und einen Keil in das republikanische Lager zu treiben, in dem sich auch beim fiskalkonservativen Flügel der *Grand Old Party* zunehmender Unmut ansammelte.

In der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik führte die verschärfte Konkurrenz und Polarisierung mit wenigen Ausnahmen zu einer wechselseitigen Blockade. Unter den Vorzeichen des harten Wahlkampfes nimmt sich die gesetzgeberische Bilanz der zweiten Sitzungsperiode entsprechend dürftig aus.

Die größten Erfolge erzielten die republikanischen Fraktionen im Congress in Zusammenarbeit mit der Administration in der Steuerpolitik.

Zum einen gelang es den Republikanern die Verlängerung populärer Steuererleichterungen für mittlere Einkommensgruppen durchzusetzen (vgl. CR 9/2004, S. 1), die auch unter Demokraten grundsätzliche Zustimmung fanden.

Zum anderen verabschiedete der Congress eine Reform der Unternehmensbesteuerung (vgl. CR 10/2004, S. 1). Präsident Bush unterzeichnete das Gesetz zwar umgehend, ließ jedoch jeglichen Enthusiasmus vermissen.

Die Reform, die Forderungen der Welthandelsorganisation WTO zur Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Steuervorteilen für US-Unternehmen aufgriff, kompensierte die entfallenden Vergünstigungen durch eine leichte Absenkung des Unternehmenssteuersatzes und breit gestreute Subventionen, die eine Reihe von republikanischen wie demokratischen Mitgliedern des Congress zu kritischen Anmerkungen veranlassten.

Demgegenüber scheiterte ein Vorstoß der Republikaner zur Fortschreibung der Aussetzung der Erbschaftssteuer auf Vermögen von über 675.000 USD am harten Widerstand der Demokraten. Darüber hinaus verhinderten die Vorbehalte gemäßigter Republikaner mit Blick auf die rasant wachsende Bundesverschuldung eine längerfristige Festschreibung entsprechender Steuervergünstigungen.

Weitere Gesetzesvorhaben von hoher wirtschaftspolitischer Bedeutung wie die energiepolitische Initiative der Bush-Administration (vgl. CR 6/2004, S. 5), die Reform des Konkursrechts oder die Einschränkung von Haftungsbestimmungen für Unternehmen und selbst das von allen Seiten als dringlich bezeichnete Verkehrswege-Gesetz (vgl. CR 4/2004, S. 6 und 2/2004, S. 5) fielen dem Parteienstreit zum Opfer.

In der Sozial- und Gesundheitspolitik führten die Wahlkampfauseinandersetzungen zu einem kompletten Stillstand. Bushs viel gepriesene Initiative zur Förderung der kirchlich-religiösen Sozialarbeit (*faith-based initiative*) konnte selbst in einer auf Steuer-subventionen beschränkten Minimalversion nicht durchgesetzt werden (vgl. CR 9/2004, S. 7).

Wie schon im Vorjahr scheiterte eine Novellierung des Sozialhilfegesetzes, die vor allem auf erhöhte Arbeitsanforderungen für Leistungsbezieher abzielte, am Widerstand der Demokraten im Senat (vgl. CR 4/2004, S. 8).

Die demokratische Opposition und Vorbehalte aus den Reihen der Republikaner verhinderten zudem eine Begrenzung der Entschädigungszahlungen an Patienten bei Therapiefehlern, für die sich der Präsident stark gemacht hatte. Nicht behandelt wurden zudem Vorschläge der Administration zur Förderung der privaten Krankenversicherung durch zusätzliche Steuervergünstigungen und individuelle Konten für Gesundheitsausgaben (*Medical Savings Accounts, MSAs*).

Im Gegenzug verhinderten die Republikaner Abstimmungen über zentrale demokratische Initiativen zur Anhebung des Mindestlohns und der Verlängerung der Frist für den Bezug von Arbeitslosengeld.

In der Innen- und Rechtspolitik dominierten republikanische Wahlkampfmanöver um ein Verfassungsverbot von gleichgeschlechtlichen Ehen die Debatten, die allerdings in den Abstimmungen im Senat wie im Repräsentantenhaus die notwendigen qualifizierten Mehrheiten verfehlten (vgl. CR 10/2004, S. 4).

Versuche, die umstrittene Ausweitung der Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden unter dem *Patriot Act* von 2001 teilweise zurück zu nehmen, schlugen im Wahljahr 2004 ebenfalls fehl.

Schließlich ließ die republikanische Führung des Repräsentantenhauses ungeachtet der öffentlichen Kritik das Verkaufsverbot für halbautomatische Waffen (*assault weapons ban*) auslaufen (vgl. CR 9/2004, S. 6).

3. Ausblick auf die 1. Sitzungsperiode des 109. Congress: Profilierung und Abgrenzung

In der ersten Sitzungsperiode des 109. Congress ist davon auszugehen, dass sich die Polarisierung und Abgrenzung zwischen den Parteien fortsetzt. Zu groß scheint der programmatische Graben zwischen Präsident Bush, den republikanischen Mehrheitsfraktionen in beiden Kammern des Congress und den Demokraten. Diese verfügen trotz ihrer deutlichen Verluste in den Senatswahlen 2004 (vgl. CR 11-12/2005) mit dem *Filibuster* über ein wirksames Blockadeinstrument, das nach der Geschäftsordnung der Kammer nur mit einer Dreifünftel-Mehrheit von 60 Stimmen (sogenanntes „Cloture“) neutralisiert werden kann. Davon sind die Republikaner mit ihren 55 Sitzen aber meilenweit entfernt, so dass sie die Unterstützung von mindestens fünf Stimmen aus dem Lager der Demokraten benötigen, um ein *Filibuster* der Opposition brechen zu können.

Pointierte Auseinandersetzungen zwischen den parteipolitischen Lagern im Congress dürfte es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in der Irakpolitik geben, wo der Präsident zusätzliche Mittel in Höhe von 80 Mrd. USD bewilligt sehen möchte, um den US-Militäreinsatz fast zwei Jahre nach dem offiziellen Ende des Krieges fortzusetzen.

Auch in der Politik gegenüber dem Iran, wo die Administration zwischenzeitlich unverhohlen mit Militärschlägen drohte (vgl. Punkt 1), stehen Auseinandersetzungen zwischen der demokratischen Opposition im Senat und Präsident Bush an, zumal wenn über begrenzte so genannte „chirurgische“ Schläge aus der Luft hinaus auch mit dem Einsatz US-amerikanischer Bodentruppen zu rechnen wäre.

Scharfe Auseinandersetzungen dürfte es auch über die Defizitpolitik des Präsidenten geben, der in seinem fünften Amtsjahr ein Rekorddefizit von nahezu 450 Mrd. USD auftürmen könnte, wenn man den jüngsten Schätzungen des *Congressional Budget Office (CBO)* folgt (vgl. Punkt 5). Dabei dürften die Konflikte vor allem im Bereich des *discretionary spending*, also jenem Bereich des Bundeshaushalts zunehmen, über den der Congress im Gegensatz zu den *entitlements* frei entscheiden kann. Inwieweit davon auch das *defense discretionary spending* betroffen sein wird, bleibt angesichts des „Kriegs gegen den Terrorismus“, den Bush ausgerufen hat, allerdings abzuwarten.

Im Zentrum der parteipolitischen Profilierung und Abgrenzung dürfte in der ersten Sitzungsperiode des Congress vor allem die Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik stehen, wo eine ambitionierte Agenda des Präsidenten und eine lange Liste bisher nicht bearbeiteter Problemfelder durch den Congress nebeneinander stehen.

Präsident Bush hat die Reform des Steuersystems wie der Rentenversicherung zu seinen Prioritäten erklärt. Die Demokraten wollen dagegen in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik eigene Akzente setzen.

Der Präsident und die republikanischen Mehrheitsfraktionen im Congress wollen nicht nur eine dauerhafte Festschreibung der Steuererleichterungen erreichen, wie sie Bush in seiner ersten Amtszeit durchgesetzt hatte.

Sie wollen darüber hinaus auch eine durchgreifende Neustrukturierung und Vereinfachung des Steuersystems realisieren. Die Details des Reformkonzeptes sind allerdings noch unklar. Eine besonders von konservativen Republikanern favorisierte Umstellung von der Einkommenssteuer auf eine Verbrauchssteuer, die Wachstumsimpulse und Sparanreize geben soll, ist äußerst umstritten. Von den noch immer wachsenden Defiziten des Bundeshaushaltes abgesehen, drohen damit harte verteilungspolitische Kämpfe zwischen den Parteien.

Neuen Schwung wollen die Administration und die republikanischen Fraktionen auch der Energiepolitik sowie der Reform des Unternehmenshaftungsrechts geben, obwohl die Demokraten selbst nach der Wahlniederlage keine Anzeichen einer erhöhten Kompromissbereitschaft zeigen.

Die schwierigste Aufgabe hat sich die Administration allerdings mit der von ihr vorgeschlagenen Reform der Bundesrentenversicherung, OASDI (Old Age, Survivors, and Disability Insurance), gestellt. Das von Bush bisher nur in groben Zügen vorskizzierte Konzept einer „Teilprivatisierung“ des Rentensystems stößt auf vehemente Kritik der meisten Demokraten und erhebliche Skepsis selbst in der eigenen Partei.

Der Vorschlag, einen Teil der Rentenabgaben in individuelle Alterssparkonten (*Personal Retirement Accounts*) einzuzahlen, die durch höhere Erträge Kürzungen der Renten aufgrund des sich verschlechternden Verhältnisses von Beitragszahlern und Leistungsbeziehern kompensieren helfen sollen, wird von den Demokraten grundsätzlich abgelehnt.

Diese befürchten, dass den Rentenbeziehern unzumutbare Risiko aufgebürdet und insbesondere Frauen stark benachteiligt würden. Die enormen Kosten der Systemumstellung, die je nach Anteil der Abgaben, die auf Individualkonten umgeleitet werden, auf zwischen 1.000 und 2.000 Mrd. USD geschätzt werden, führen auch zu Vorbehalten unter gemäßigten wie konservativen Republikanern.

Weitere sozialpolitische Initiativen der Administration wie die Förderung der kirchlich-religiösen Sozialarbeit oder die Förderung individueller Krankenversicherungen durch Steuersubventionen und Gesundheitssparkonten (*Medical Savings Accounts*, MSAs) müssen nicht mit der Ablehnung durch die demokratische Opposition rechnen.

Die setzt mit Initiativen in der Sozial- und Gesundheitspolitik - wie der Erhöhung des Mindestlohns und erweiterten Krankenversicherungsangeboten für nicht- oder unterversicherte Amerikanerinnen und Amerikaner - auf bewährte Rezepte der demokratischen Partei. Zudem soll in der Bildungspolitik der Druck zur Einlösung der Finanzierungsversprechen des unter Bushs Federführung 2001 beschlossenen „No Child Left Behind Act“ erhöht werden.

Politischen Zündstoff bergen auch die anstehenden Beratungen über die Novellierung der Ende 2005 auslaufenden Bestimmungen des 2001 beschlossenen Gesetzes zur inneren Sicherheit (*Patriot Act*).

Während die Bereitschaft, den Sicherheitsbehörden die als notwendig erachteten Instrumente zur Terrorismusbekämpfung zur Verfügung zu stellen, in beiden Parteien unverändert hoch ist, rufen die erweiterten Befugnisse zu verdeckten Ermittlungen, von denen die Betroffenen selbst nicht informiert werden, unter liberalen Demokraten und konservativen Republikanern sichtliches Unbehagen hervor.

Bushs Wahlkampfversprechen, mit Hilfe von Erleichterungen bei der Erteilung von Arbeitsvisa eine Integration von Ausländern ohne Aufenthaltsgenehmigung zu fördern, dürfte auf den Widerstand konservativer Republikaner stoßen, die auf eine durchgreifende Verschärfung von Grenzkontrollen und Ausweisungsbestimmungen drängen.

Eine geringere Rolle dürften in der ersten Sitzungsperiode des 109. Congress dagegen sogenannte „Kulturkampf“-Themen spielen wie das von den Republikanern im Wahljahr eingebrachte Verfassungsverbot für gleichgeschlechtliche Ehen.

Allerdings werden religiös-konservative Politiker und Interessenvertreter, die sich einen erheblichen Anteil am Wahlsieg Bushs und der Republikaner im Congress zuschreiben (vgl. CR 11-12/2004, S. 4), darauf drängen, dass ihre Anliegen wie die Einschränkung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch oder die Stärkung des Religionsgedankens im öffentlichen Leben offensiv thematisiert werden.

4. CBO legt neue Defizitprognosen für das Haushaltsjahr 2005 vor

Das *Congressional Budget Office* (CBO) hat am 25. Januar 2005 neue Prognosen zum erwarteten Haushaltsdefizit des Bundes im Jahr 2005 vorgelegt. Danach ist für das laufende Haushaltsjahr, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2004 begonnen hat und am 30. September 2005 endet, von einem

- Defizit in Höhe von 368 Mrd. USD im US-Bundeshaushalt auszugehen.

Diese Schätzung liegt zwar unterhalb des Rekorddefizits von 412 Mrd. USD für das vergangene Haushaltsjahr 2004, bezieht allerdings die Mittel in Höhe von 80 Mrd. USD noch nicht mit ein, welche die Bush-Administration für ihr militärisches Engagement im Irak und in Afghanistan zusätzlich beantragen will.

Addiert man diese Mittel noch zu den Defizitschätzungen des CBO hinzu, dann dürfte das zu erwartende Defizit im US-Bundeshaushalt im laufenden Jahr die Rekordhöhe von nahezu 450 Mrd. USD erreichen.

Die bisherigen Ausgaben für den Krieg in Afghanistan und im Irak dürften sich vorbehaltlich einer Bewilligung der zusätzlich von der Administration geforderten 80 Mrd. USD dann auf 277 Mrd. USD belaufen, eine Summe, die nach Berechnungen des CBO größer wäre als die Ausgaben der Vereinigten Staaten für ihre militärische Beteiligung am 1. Weltkrieg.

Präsident Bush hat im Wahlkampf 2004 angekündigt, dass er das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2009 halbieren will. Die demokratische Opposition hält diese Absichtserklärung allerdings aufgrund der laufenden Kosten für das militärische Engagement im Irak für unrealistisch.

„Die Bush-Administration ist Jahre von einer Halbierung des Defizits entfernt, nachdem sie drei der höchsten Defizite in der Geschichte aufgetürmt hat“, so John M. Spratt Jr. (S.C.), der führende Demokrat im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses. Auch der Vorsitzende des *Senate Budget Committee*, Judd Gregg (R-N.H.), schlug kritische Töne an. „Wir müssen ernsthaft versuchen unser finanzielles Haus in Ordnung zu bringen“, so der Senator nach Veröffentlichung der CBO-Prognosen warnend. „Wenn wir nichts tun“, so Gregg weiter, „werden unsere Kinder und Enkel durch die Kosten unserer Untätigkeit überwältigt werden.“

5. Demokratin gewinnt Gouverneurswahl im Staat Washington

Nach mehrfacher Nachzählung und mehrwöchigen Auseinandersetzungen wurde die demokratische Gouverneurskandidatin Christine O. Gregoire Ende Dezember 2004 im Bundesstaat Washington offiziell zur Siegerin erklärt.

Die Stimmauszählung in der Wahlnacht Anfang November 2004 hatte zunächst einen knappen Stimmenvorsprung ihres republikanischen Konkurrenten Dino Rossi ergeben (vgl. CR 11-12/2004, S. 12). Die erste, maschinelle Neuauszählung der Wahlstimmen ließ Rossis Vorsprung bei einer Gesamtstimmenzahl von 2,9 Mio. auf nur 42 Stimmen zusammenschrumpfen.

In der folgenden manuellen Neuauszählung unter der Aufsicht von Vertretern beider Parteien erreichte jedoch Gregoire eine ebenfalls denkbar knappe Mehrheit von 129 Stimmen. Insbesondere kam ihr die Berücksichtigung von irrtümlicherweise disqualifizierten Wahlzetteln im Bezirk *King County* zu Gute.

Der republikanische Innenminister des Bundesstaats, *Secretary of State* Sam Reed, bestätigte das Ergebnis und erklärte gegen Proteste aus seiner eigenen Partei Gregoire zur gewählten Gouverneurin. Gregoire wurde am 12. Januar 2005 vereidigt.

Die republikanischen Anhänger Rossis wollen das Wahlergebnis jedoch nicht akzeptieren und fordern Neuwahlen. Zum einen bezweifeln sie die Zulässigkeit der Berücksichtigung von Stimmen, die in der ersten Auszählung ausgeschlossen worden waren, zum anderen verweisen sie auf Berichte über Betrugsfälle bei der Stimmabgabe.

Angesichts des hauchdünnen Stimmenvorsprungs Gregoires, so die Argumentation der Republikaner um Rossi, fehle das Vertrauen der Bürger in das Ergebnis. Die Legitimität des Wahlergebnisses könne nur durch einen erneuten Gang zur Urne geklärt werden.

Über die von den Republikanern angestrebte Klage gegen die Auszählung muss letztlich der Oberste Gerichtshof Washingtons entscheiden. Die Endentscheidung ist, nach dem Weg durch die Instanzen, erst in mehreren Monaten zu erwarten.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern